

## Wichtige Ergebnisse

### **Expertenanhörung zum Antrag *Eine Minute vor Zwölf – Landesregierung muss die frühkindliche Bildung in unseren Kitas sicherstellen* (Drs. 16/13683)**

#### **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 09. Februar 2017 zum Thema Elternbeitragsfreiheit (APr 16/1604)**

##### Position der Kommunalen Spitzenverbände:

„Die Folgen des Wegfalls der Elternbeiträge, die wären aus unserer Sicht – ich bin mir klar darüber, dass das keine populäre Position ist – sehr erheblich.

Denn zum ersten ist das System insgesamt unterfinanziert. Zusätzliche Finanzierungsquellen, die bisher existieren, aus diesem System herauszunehmen, würde heißen, in einem unterfinanzierten System eine weitere Deckungslücke, eine Refinanzierungslücke zu schaffen, ohne auch nur ein Jota an Qualität verbessert zu haben. [...]

Zweitens hätte eine Elternbeitragsbefreiung Einfluss auf die Trägerstruktur in Nordrhein-Westfalen. Denn Eltern würden bei einer Beitragsfreiheit höhere Stundenbuchungen vornehmen, da dies keine Folgekosten mehr nach sich ziehen würde. „Damit wird die absolute Zahlsumme der Trägeranteile, die ja auf die Pauschalen gerechnet werden [...], durch die Decke gehen. Das heißt, das ist ein System, mit dem Sie insbesondere die finanziell Schwächeren unter den freien Trägern wahrscheinlich über die Kante schieben werden.

Das heißt, wenn Sie Elternbeiträge freistellten, dann müssten Sie nicht nur die Elternbeiträge an sich übernehmen, sondern eigentlich auch die zusätzlichen Trägeranteile, wenn das System nicht kippen soll. Da nur als Hinweis: Die Träger der kirchlichen und der freien Seite und die Elterninitiativen tragen im Kindergartenjahr 2016/2017 nominell im KiBiz-System 340 Millionen € jährlich an Finanzierungslasten. Das ist also erheblich.“

Und dann gibt es einen ganz entscheidenden dritten Grund: [...] Wir wollen die Investivseite der Kindertageseinrichtungen nicht auf das Schulniveau herabführen. Das wäre nämlich die Folge. Die Schulen sind ja anerkanntermaßen nicht in dem Zustand, wie sie sein sollten. Sprich: Die Folge einer Beitragsfreistellung wäre wahrscheinlich für die Kindertagesstätten zwangsläufig mit weiteren Einsparungen verbunden. Und dann müssen Sie auch sehen: Landesseitig trägt das Land nur 40 % an der Finanzierung des KiBiz-Systems; im Bereich der Schule trägt es alle Personalkosten.

Wenn Sie hier freistellen, dann müssten Sie auch die gesamten Personalkosten im KiBiz-System übernehmen. Ansonsten beabsichtigten Sie, der kommunalen Seite eine Refinanzierungsmöglichkeit zu nehmen, ohne dafür Kompensation zu schaffen. Momentan also machen Sie eine Rechnung ohne den, der sie eigentlich bezahlen muss.“

##### Position der LAG Freie Wohlfahrtspflege:

„Was nicht in diesem Betrag [*Anm.: Gemeint sind hier die 1,5 Mrd. Euro, die laut Berechnungen der LAG FW im System fehlen, um es im Großen und Ganzen auskömmlich zu gestalten.*] enthalten ist, wäre eine weitere Streichung von Elternbeiträgen, denn dazu nehmen wir eine ähnliche Position wie die kommunalen Spitzenverbände ein: Es dürfen nicht Elternbeitragsfreiheit, Qualitätsentwicklung und

eine nachhaltige und fundierte Finanzierung der Einrichtungen gegeneinander ausgespielt werden.

Wenn denn die Beitragsfreistellung als zusätzliche Leistung familienpolitisch gesehen dazukommt vor dem Hintergrund, dass wir eine nachhaltige, auskömmliche und transparente Finanzierung haben, haben wir als Freie Wohlfahrtspflege – das kann man in allen Stellungnahmen nachlesen – immer erklärt: Wir sind sofort dabei, finden das dann auch richtig und gerechtfertigt.

Aber es kann, bitte schön, nicht sein, dass auf der einen Seite das Geld in die Beitragsstreichung fließt, auf der anderen Seite in den Einrichtungen Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, in prekären Arbeitsverhältnissen sind, und Eltern dort natürlich auch gerechtfertigterweise eine gute und qualitativ hochwertige Leistung erwarten.“

#### Gemeinsame Position des Evangelischen und Katholischen Büros:

„Elternbeiträge: Die Position beider Kirchen war immer, dass Bildung natürlich für die Eltern kostenlos sein muss. Aber in der gegenwärtigen Situation könnte dies dazu führen, dass wir ein sowieso schon unterfinanziertes System weiter schwächen. Daher gab es vonseiten der Kirchen in der konkreten Situation immer Vorbehalte gegen die Freistellung. Sollte es so kommen, dass aus irgendwelchen Gründen vielleicht aus Bundesmitteln, vielleicht aus Landesmitteln die Löcher gestopft werden, wäre es ein außerordentlich sinnvolles bildungspolitisches Ziel, wenn die Kita ebenso wie die Schule eine Leistung wäre, auf die die Eltern zurückgreifen könnten, ohne dafür Geld mitzubringen. Wie lange trägt das System noch? Ist es überhaupt noch bis 2019 tragbar?“